

Einbindung ist die beste Option

Von SEBASTIAN HARNISCH

Die Zeremonie im nordkoreanischen Küstenörtchen Kumho hätte friedlicher nicht sein können. Zu den Klängen klassischer Musik feierte die Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO), ein internationales Konsortium unter der Leitung des Erzfeindes USA, am vergangenen Mittwoch den Beginn eines weiteren, wichtigen Bauabschnitts für das größte westliche Entwicklungshilfeprojekt in Nordkorea: Zwei Leichtwasserreaktoren, die die Energieknappheit des Landes lindern sollen.

Friedlich ist der Umgang des totalitären Regimes unter Staatschef Kim Jong-Il mit den Nachbarn und seiner eigenen Bevölkerung keineswegs. Hungersnöte haben nach Schätzungen des Welternährungsprogramms in den 90er-Jahren rund zwei Millionen Menschen das Leben gekostet. In „Arbeits- und Umerziehungslagern“ werden Zehntausende unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten. Exekutionen sind an der Tagesordnung. An der innerkoreanischen Demarkationslinie stehen eine Million nordkoreanische Soldaten, deren Artillerie das nahe gelegene Seoul innerhalb weniger Stunden in Schutt und Asche legen könnten. Zuletzt hat der Norden diese Demarkationslinie in den westlichen Küstengewässern am 29. Juni verletzt. Bei dem Seegefecht wurden fünf südkoreanische und dreizehn nordkoreanische Seeleute getötet.

Paradox erscheint der Bau von zwei modernen Nuklearreaktoren durch die KEDO, weil die USA 1994 bereits militärische Schritte eingeleitet hatten, um die bestehenden Nuklearanlagen des Nordens durch Präventivschläge zu zerstören. Nach Auffassung Washingtons dienten diese Anlagen dem Bau und anschließendem Export von Nuklearwaffen. Erst durch die diplomatische Intervention des Ex-Präsidenten Carter konnte die Krise beigelegt werden. Mit dem Genfer Rahmenabkommen von 1994, das die Grundlage für den KEDO-Prozess bildet, hat sich Nordkorea verpflichtet, sein Nuklear(waffen)programm einzufrieren, unter die Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu stel-

len und schließlich im Tausch für zwei proliferationsresistentere Leichtwasserreaktoren sowie politische und wirtschaftliche Anreize aufzugeben.

Während die Clinton-Administration gegen den Druck des republikanischen Kongresses an der Einbindungspolitik gegenüber Pjöngjang festhielt, überwogen in der Bush-Administration die kritischen Stimmen. Nach den Anschlägen vom 11. September erklärte US-Präsident Bush Ende Januar, dass er Nordkorea als Teil einer „Achse des Bösen“ ansehe.

*Dass Nordkorea sich
derzeit wieder für
Verhandlungen interessiert,
ist offensichtlich.*

Skeptiker in der Bush-Administration verweisen darauf, dass Staaten, die nach Massenvernichtungswaffen streben, nicht mit moderner Nukleartechnologie beliefert werden dürfen. Befürworter der KEDO-Vereinbarung, darunter die US-Verbündeten Japan, Südkorea und die Europäische Union, argumentieren, dass der Norden keine kritischen Nuklearkomponenten für die Reaktoren in Kumho erhalte, solange die IAEA nicht das bestehende Nuklearprogramm vollständig überprüft habe. So ist der Fortgang des KEDO-Projektes derzeit ungewiss. Die US-Administration besteht auf den sofortigen Beginn der Inspektion der nordkoreanischen Nuklearstandorte, damit diese zur Lieferung der kritischen Nuklearteile (voraussichtlich 2005) abgeschlossen sind. Nordkorea seinerseits ist daran interessiert, seine nukleare Vergangenheit solange wie möglich geheim zu halten, um sie in den Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen mit den USA, Südkorea und Japan als Verhandlungsmasse einsetzen zu können.

Dass der Norden derzeit an diesen Verhandlungen wieder interessiert ist, ist offensichtlich. Das Bedauern der nordkoreanischen Führung über das

Seegefecht Ende Juni hat nicht nur zu Gesprächen mit dem UN-Oberkommando in Korea über die Verhinderung weiterer Zwischenfälle geführt, sondern auch die Tür zu weiteren innerkoreanischen Ministergesprächen geöffnet, die am heutigen Montag beginnen. Diese waren unter dem Eindruck der „Achsen-Rhetorik“ der Bush-Administration von der nordkoreanischen Seite ausgesetzt worden. Die Fortführung des innerkoreanischen Dialogs gilt in Washington als „inoffizielle“ Bedingung für die Wiederaufnahme der Gespräche mit Pjöngjang. Auch in der Frage der Unterstützung des internationalen Terrorismus hat sich der Norden merklich bewegt. Nach den Anschlägen auf die USA beilte sich die nordkoreanische Führung mit dem Beitritt zu mehreren UN-Anti-Terrorvereinbarungen, ihre Distanz zum Terrorismus zu unterstreichen.

Auf amerikanischer Seite bemüht sich Außenminister Powell um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Ob die nordkoreanische Führung Washingtons prinzipielle Gesprächsbereitschaft nutzen kann und wird, ist dennoch fraglich. In der Vergangenheit hat Pjöngjang immer wieder versucht, durch „Drohungen und Zwischenfälle“ seine Gesprächsposition zu verbessern. Diese Strategie wird bei der derzeitigen Administration nicht nur auf taube Ohren treffen, sondern jene stärken, die nur eine militärische Lösung des Problems sehen. Damit die friedliche Einbindung Nordkoreas in die internationale Staatengemeinschaft gelingen kann, bedarf es deshalb der aktiven Mithilfe der US-Verbündeten in Südkorea, Japan und Europa. Wenn Pjöngjang tatsächlich der Kernforderung Washingtons nach Offenlegung seiner bisherigen Nuklearaktivitäten nachkommen sollte, dann wird es im Gegenzug umfassende Wirtschaftshilfe und die Normalisierung der Beziehungen mit Washington, Seoul und Tokio fordern.

Sebastian Harnisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Trier.